Nr. 6

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia"
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.
Druck: „Graphia", Karlsbad.



Sozialdemokratisches Wochenblatt

SONNTAG
23. Juli 1933

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . Kč 1.40
Monatlich . . „ 6.—
Vierteljährlich . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . Kč 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . „ 24.—

Die Mörderregierung schweigt!

Stellings Tod in ganz Deutschland totgeschwiegen

Johannes Stelling ist in der vorigen Woche bestattet worden. Die Presse der ganzen Welt hat von seiner schmachvollen Ermordung und den Vorgängen bei seiner Einäscherung berichtet. Sozialistische und bürgerliche Blätter haben Artikel veröffentlicht, die das Werk und das reine Wesen des Ermordeten nach Verdienst würdigten. Trauerfeiern haben stattgefunden.

Ueber Deutschland aber liegt tiefes Schweigen.

Wer in Deutschland nur reichsdeutsche Blätter sieht — und wie schwer ist es, andere zu bekommen — der erfuhr nichts von den grauenvollen Vorgängen in Köpenick, nichts von dem Tode Johannes Stellings. Keine Zeitung durfte diese Dinge auch nur mit einem Worte berühren. Strengstes Schweigen war allen anbefohlen.

Dieses Schweigen ist das Schweigen des schlechten Gewissens.

Die Hitlerregierung, die den ausländischen Korrespondenten vorzulügen versuchte, Stelling sei „wahrscheinlich" ins Ausland entkommen, weiß, daß dieser untadelige Mann von ihren Anhängern in viehischer Weise zu Tode gefoltert worden ist. Sie kennt die furchtbare Schlächterei, die sich damals in Köpenick abspielte und die nach einem Bericht der „Arbeiter-zeitung" nicht weniger als zwanzig unschuldigen Menschen das Leben gekostet haben soll. Sie weiß, daß Anton Schmaus nur in Notwehr schoß, daß dafür nicht nur er, sondern auch sein Vater abgeschlachtet, die unglückliche Mutter blutig geschlagen und in den Wahnsinn getrieben wurde.

Die Hitlerregierung kennt diese Taten. Sie deckt sie. Sie weiß, daß sie für sie die Verantwortung trägt. Sie schützt die Mörder, indem sie jedes Wort der Anklage gegen sie mit allen Mitteln der Gewalt erstickt. Sie ist mit den Mördern solidarisch, denn sie ist selber des Mordes schuldig, hundertfach und tausendfach!

Die Hitlerregierung hat den Fememörder Heines zum Polizeipräsidenten gemacht. Sie hat den Mördern Rathenaus eine Gedenktafel gestiftet.

Welche Belohnung, welche Ehrung hat sie für die Mörder unseres Johannes Stelling?

Das Gebot, über Stelling zu schweigen, ist das Geständnis der Schuld. Es kommt der Tag, an dem das Urteil gefällt und vollstreckt wird!

Ehrung von Ministermördern.

Auf der Burg Saaleck ist jetzt eine Gedenktafel für die Rathenau-Mörder Kern und Fischer unter großen Feierlichkeiten enthüllt worden. Die beiden hatten vor 10 Jahren den Außenminister Walter Rathenau meuchlings erschossen und danach ihr Heil in der Flucht versucht. Sie wurden aber nach aufregender Jagd auf der Burg Saaleck gestellt und erschossen sich selbst, als sie keinen Ausweg mehr sahen.

Jetzt behauptet die Gedenktafel, die beiden seien „den Heldentod um Deutschland" gestorben und der Stabschef Röhm erklärte feierlich: „Euer Geist, Kern und Fischer, ist der Geist der SS., der schwarzen Soldaten Hitlers".

Die Sozialdemokratische Partei hat stets den individuellen Terror abgelehnt. Es ist wichtig festzustellen, daß die jetzt in Deutschland allein regierende Nationalsozialistische Partei ihn feierlich sanktioniert hat. Die Hitlerregierung hat sich offiziell auf den Standpunkt gestellt, daß die Tötung amtierender Minister eine im Interesse des Volkes notwendige, nützliche und rühmenswerte Tat sein kann. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, das hat sie wohl nicht bis zu Ende überlegt.

Amtliche Blutrache

> Ich begreife nicht, wie ein ehrliebender Mann, wie ein gerechtes Herz in einem Lande wohnen kann, das von Affen bewohnt wird, die sich in Tiger verwandelt haben.... Glauben Sie mir, es ist notwendig, daß die vernünftigen Männer der Menschheit gegen diese wahnsinnige Barbarei zusammenhalten.
>
> Voltaire i. J. 1766 an Didrot.

Die Blutrache besteht — so glauben wir — nur noch in ein paar vergessenen Winkeln Europas, in Korsika, in Albanien. Nur dort hat sich — dies nahm die Welt wenigstens an — der schauerliche Grundsatz ältester Barbarei erhalten, daß für die Tat eines Menschen seine gesamte Familie haftbar ist.

Man hat sich geirrt. Das wiedererwachte Deutschland des Jahres 1933 hat sich neben einer Reihe anderer mittelalterlicher Prinzipien auch wieder zum System der Blutrache bekannt. Dies ist der eindeutige Sinn der amtlichen Verlautbarung zum Falle Scheidemann, die besagt, daß wegen eines angeblichen Artikels Scheidemanns in der „New York Times" — der in Wirklichkeit ganz wo anders erschienen war und einen ganz anderen Sinn hatte, als man in Berlin feststellte — fünf in Deutschland lebende nahe Verwandte Scheidemanns verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht worden sind, anstatt des Verfassers, dessen man nicht habhaft werden konnte. Dies Exempel solle allen „Verleumdern Deutschlands" zur Warnung dienen.

Gehört man, so fragen wir, zu den „Verleumdern", wenn man diese amtliche Darstellung festnagelt als Bruch aller Rechtsgrundsätze, die länger als ein Jahrtausend für die gesamte Kulturmenschheit Geltung hatten, vor allem als Bruch des Rechtsgrundsatzes, daß der Staat für eine Tat ausschließlich die Menschen bestrafen darf, die sie verschuldet haben?! — Nicht mit einem Wort behauptet nämlich die amtliche Darstellung, daß die fünf ihrer Freiheit beraubten Verwandten Scheidemanns irgendeine Mitschuld an dem Artikel träfe, daß sie ihn mitverfaßt, verbreitet, ja nur gekannt hätten. Alles das ist auch völlig ausgeschlossen, denn Gen. Scheidemann lebt im Auslande, seine Verwandten in Deutschland sind seit Monaten ohne Fühlung mit ihm!

Nein, eine Mittäterschaft der Verwandten wird von amtlicher deutscher Seite auch gar nicht behauptet. Als ihr einziges Verbrechen, für das diese fünf Personen ins Konzentrationslager müssen, gibt die deutsche amtliche Verlautbarung nur das eine an, daß sie mit Philipp Scheidemann nahe verwandt sind!

Dafür also kann man in Deutschland heute seiner Freiheit beraubt werden! Wir schweigen ganz davon, daß die Tat Scheidemanns in den Augen aller anständigen Menschen nicht die Spur von etwas Verbrecherischem enthält, daß die Veröffentlichung eines Artikels gegen die Regierung in allen Kulturländern zu den durchaus erlaubten Handlungen zählt. Sehen wir selbst einmal die Sache mit den Augen der heutigen Machthaber an, wonach jeder Angriff auf ihre geheiligten Personen ein Angriff gegen — Deutschland und damit ein totwürdiges Verbrechen sein soll: selbst dann war doch der Angreifer nur Philipp Scheidemann, nur er konnte nach den elementarsten Grundsätzen des Rechtes für den Artikel zur Verantwortung gezogen werden.

Mit einem Zynismus, der das Blut erstarren läßt, erklären die Machthaber Deutschlands: können wir den Verfasser des Artikels nicht belangen, so bestrafen wir seine in unserem Machtbereich weilenden unbeteiligten Verwandten. Blutrache im zwanzigsten Jahrhundert! Man sinnt nach, ob und wo schon einmal ähnliches gewesen ist.

Nein, in den letzten hundertundfünfzig,

Im braunen Räuberstaat

Die Geheime Staatspolizei in Berlin hat kürzlich mitgeteilt, es seien große Teile des früheren sozialdemokratischen Vermögens teils ins Ausland, teils ins Inland verschoben, um es dem staatlichen Zugriff zu entziehen. Dazu teilt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, mit:

Hätte die Sozialdemokratie ihr Vermögen dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen, so wäre das berechtigte Notwehr. Niemand ist verpflichtet, einem Räuber freiwillig sein Eigentum auszuliefern. Leider aber ist es der Sozialdemokratie nicht gelungen, ihr Vermögen dem gewaltsamen Zugriff zu entziehen, da ihre Organisationen und ihre Unternehmungen den wenig elastischen Erfordernissen des Rechtsstaates angepaßt waren.

Bei der Beschlagnahme des Vermögens der Sozialdemokratischen Partei allein — ohne Reichsbanner, Gewerkschaften, Sportorganisationen, Kulturorganisationen usw. — sind den Nationalsozialisten mehr als 40 Millionen Mark in die Hände gefallen. Die Sozialdemokratische Partei besaß nämlich 160 Zeitungen, die in 102 eigenen Druckereien und Gebäuden hergestellt wurden. Die Unternehmungen repräsentierten einen Wert von etwa 40 Millionen Mark. Bei der Beschlagnahme sind auch erhebliche Barbeträge weggenommen worden. Festgestellt ist, daß allein in 12 Unternehmungen eine Million Mark in bar beschlagnahmt wurde. Der Gesamtbetrag ist viel höher. In den 33 Bezirksorganisationen sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, weitere 300.000 Mark beschlagnahmt worden. Auch hier sind die wirklichen Beträge wesentlich höher. Dasselbe gilt von den örtlichen Organisationen. In der Zentralkasse war allerdings die Ausbeute geringer. Auf 6 Konten konnte man nur 2600 Mark beschlagnahmen.

Jahrelange Arbeitslosigkeit der opferwilligsten Anhänger, vierzehn Wahlkämpfe im Jahre 1932, große Aufwendungen für die Opfer des Kampfes gegen den Faschismus hatten die Leistungsfähigkeit der Kassen erschöpft. Es bestand also gar nicht die Möglichkeit, „Millionen zu verschieben". Die Angabe der Geheimen Staatspolizei, daß sozialdemokratisches Vermögen versteckt und verschoben sei, soll nur vertuschen, daß sich die Nationalsozialisten bereits in den Besitz von mehr als vierzig Millionen Mark fremden Eigentums gesetzt haben, über dessen Verbleib und Verwendung sie niemand Rechenschaft ablegen.

Diktator Thyssen

Eine sensationelle Meldung: Hitler hat den Scharfmacher Fritz Thyssen, Generaldirektor des rheinisch-westfälischen Schwerindustrie-Konzerns, zum Diktator der Ruhr-Wirtschaft ernannt.

Der Pseudo-Sozialismus hat ausgespielt. An seine Stelle tritt die schrankenlose Diktatur des Hochkapitalismus über das Dritte Reich.



„Und damit, meine Herrschaften, ist die Revolution beendet!"

zweihundert, dreihundert Jahren deutscher Geschichte gibt es nichts ähnliches. Gewiß hat die Reaktion eines Metternich, eines Manteuffel, eines Bismarck unzählige Unschuldige eingesperrt, aber doch immer wenigstens unter dem Vorwand, daß sie **Schuldige** wären.

Gewiß, man hat oft genug in den Reaktionszeiten, um untadeligen Freiheitskämpfern an den Leib zu können, das Recht verbogen, falsche Zeugen gedungen, Ausnahmegesetze geschaffen, die Gerichte beeinflußt. Aber immer wurde wenigstens die Form aufrechterhalten, daß die Verurteilten sich gegen das Gesetz vergangen hätten. Dem System des wiedererwachten Deutschlands war es vorbehalten, zum ersten Male in der deutschen Geschichte Unschuldige einzusperren mit der bloßen Begründung, daß sie mit jemand verwandt seien!

Halt, wenigstens ein Fall ähnlicher Art existiert. Freilich aus grauer Vorzeit. In Schillers „Wilhelm Tell" in der berühmten Melchthal-Szene wird er erzählt: Weil der grausame Landvogt des flüchtig gewordenen jungen Melchthal nicht habhaft werden konnte, hat er dem Vater die Augen ausstechen lassen. Das ist das Beispiel, an dem Schiller das sittliche Recht der Schweizer zum Aufstand und zur Selbstbefreiung vom Joche der Tyrannen demonstriert. „Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht".

Wie lange soll es noch dauern, bis auch in Deutschland diese Grenze erreicht ist?

Die Nicht-enteigneten

Jeden Tag wird in Deutschland enteignet, aber nur das Eigentum der Arbeiter, ihrer Führer oder ihrer Organisationen. Auch Juden müssen daran glauben, soweit sie als Angestellte, Gewerbetreibende, Aerzte, Rechtsanwälte, Gelehrte usw. eine unbequeme Konkurrenz der Nazis darstellen. Vor der Gefahr der Enteignung geschützt sind die großen Kapitalisten. Deutschland hat 2300 Menschen, die über ein Vermögen von mehr als je 1 Million Mark verfügen. Die reichsten sind:

	Millionen Mark
Wilhelm II., mit	700
Fürst Albert von Thurn-Taxis	240
die Familie Krupp	200
Großindustrieller Fritz Thyssen	120
Eisenindustrieller Otto Wolf, Köln	110
sein Kompagnon Ottomar Strauß	60
Fürst Joh. zu Hohenlohe-Oehringen	120
Bankier Mendelssohn	120
Fürst Fürstenberg	100
Fürst Henckel von Donnermarck	100
Graf von Henckel	65
Großherzog von Sachsen-Weimar	35
Herzog Albrecht von Württemberg	35
Fürst Ernst von Hohenzollern	30
Geheimrat Dr. Karl Bosch	15
Karl Friedrich von Siemens	15

Die meisten dieser Herren haben sich als gebefreudige Finanziers von Adolf Hitler erwiesen. Zum Dank dafür garantiert ihnen Hitler den ungestörten Besitz ihrer Riesenvermögen.

Plebiszitschwindel in Sicht

Unter den 30 so genannten Gesetzen, die das Hitlerkabinet am 15. Juli in 14-stündiger Sitzung erledigt hat, befindet sich eines, das eine Aenderung der bestehenden Reichsverfassung vorsieht. In Zukunft soll es nämlich der Regierung möglich sein, Gesetze, auch solche verfassungsändernder Art zur Volksabstimmung zu bringen und eine einfache Mehrheit der Abstimmenden soll genügen, um den Vorschlag der Regierung Gesetz werden zu lassen.

Daß die Hitlerregierung jetzt schon unter Ausschaltung aller verfassungsmäßigen Faktoren, des Reichspräsidenten, des Reichstages, des Reichsrates und des deutschen Gesamtvolkes überhaupt sogenannte Gesetze fabriziert, wie es ihr gefällt, zeigt ja schon der vorstehende Fall selbst. Man will nur noch den Schwindel auf die Spitze treiben, indem man den Anschein zu erwecken versucht, als geschähen alle Verbrechen, die man verübt, unter Zustimmung des Volkes. Heute gibt es keine Maßnahme der Regierung, sie sei noch so schmutzig irrsinnig und niederträchtig, die nicht bei einer sogenannten Volksabstimmung eine Mehrheit finden würde. Denn in einem Lande, in dem jede, auch die zahmste Kritik an den Handlungen der Regierung mit dem Verlust des Lebens und der Freiheit bedroht ist, wird jede Volksabstimmung zu einer elenden Komödie. Man kann nur fragen: welche neuen Verbrechen hat die Hitlerregierung vor, die sie sich zum Schein vom Volke sanktionieren lassen will?

Bankrott der Kultur

Von Thekla Merwin.

Zu den Illusionen, die der Mensch des zwanzigsten Jahrhunderts auf der Walstatt seiner Irrtümer begraben hat, gehört der Glaube der Vorkriegszeit an die Macht der Kultur. Niemals hätte der in der Zivilisation dieses Jahrhunderts großgewordene Europäer es für möglich gehalten, daß ein Volk wie die Deutschen, nicht einmal mehr die leere Form programmatischer Forderungen wahrend, zu dem Niveau eines Wildenstammes herabsinken könnte, der die besiegten Gegner mit asiatischer Grausamkeit vertilgt: Niemals es für möglich gehalten, daß mitten im Herzen Europas entmenschte Horden ihre sadistischen Triebe ungehindert austoben dürfen, daß der Blutrausch im Lande eines Kant und eines Goethe seine Orgien feiert, und daß die Phantasien krankhaft veranlagter Führer, die reif für die Zwangsjacke sind, als „nationale Erhebung" zu einer Wirklichkeit werden konnten, die alle Bilder der danteschen Hölle verblassen läßt: Daß ein Land mit 66 Millionen schreibenden und lesenden Menschen sich widerstandslos in einen Blocksberg verwandeln läßt, wo Satan seinen Sabbath feiert: Daß der Einzelmensch nur noch zu einem Mannequin der Uniform herabgedrückt wurde und der gemarterte Individualgeist sein Hakenkreuz stöhnend auf das Golgatha der Menschheit schleppt: Daß der Schrecken des roten Gespenstes, vor dem die Völker Europas in Angst gejagt wurden, abgelöst wurde von einem Gegner, dem braunen, der in seiner Furchtbarkeit alles übertrifft, was abzuwenden er sich vermaß: Daß die Vergewaltigung der Freiheit auf öffentlichem Markte zu einer täglichen Volksbelustigung geworden ist, die der Mob mit seinem Siegesgeheul begleitet: Daß Deutschland das geworden ist, was es heute ist: Ein Volk von Henkern und Delinquenten.

Wo ist sie, die „Stimme der Welt", dieser Welt, die aufgebaut wurde in tausenden Jahren gegenseitiger Arbeit, die einen Sokrates, Plato, Spinoza hervorgebracht hat, wo die Autorität der Mächte, die einen Völkerbund schuf, wo der siegreiche Geist des menschlichen Genius, der uns das völkerverbindende Mittel das Radio in die Hände gelegt hat? Wo ist sie, die Organisation der Kirche, einst weltumspannend, jetzt, wo es gilt, den christlichen Geist vor Verfolgung zu retten? Und wo sind sie, die Staaten der Welt, in den Kategorien eines abgewirtschafteten Kapitalismus denkend, wo die Macht ihrer Börse, ihrer Zölle, ihrer Handelsverträge und ihrer Boykotte, ihrer toten Armeen von Ziffern und Statistiken? Sie sind beschäftigt, den erschöpften Adern ihrer Geldwirtschaft durch großangelegte Währungsmanöver neues Blut zuzuführen, während ein imposantes Werk der Kultur von barbarischen Horden zerstampft wird. Von keiner Seite der Welt, wenn nicht der innere Prozeß in Deutschland eine entscheidende Wendung nimmt, scheint es Hilfe zu geben für die Unglücklichen, die in ihrer eigenen Heimat abgewürgt werden, und der moralische Weltuntergang scheint beschlossene Sache. Hie und da ertönt ein Aufschrei der Empörung — aber er verhallt ungehört in dieser Welt eigensüchtiger Interessen. Mit dem noch blutigen Dolch in der Hand durften die, die heute Deutschland regieren, sich an die Beratungstische der Nationen setzen und in der urbanen Form internationaler Höflichkeit werden die Verantwortlichen dieses gewaltigen Dramas von den Kulturstaaten empfangen.

Bei aller Konzession an den Opportunismus, ohne den nun einmal nicht regiert werden kann, vermag es das Gemüt eines ethisch fühlenden Menschen doch nicht zu erfassen, daß solche Schuld einfach ignoriert wird, daß ein Guerillakrieg gegen ein wehrloses, schwaches Nachbarland, unter dem diplomatischen Schweigen der Völker geführt werden kann, daß die Kultur, der wir den Glauben einer Religion dargebracht haben, ihre Schändung schweigend hinnimmt. Auf sie haben wir tief in unserem Innern vertraut, wenn wir in ahnungsvollem Grauen die Schatten der apokalyptischen Reiter sahen, die jetzt über die einst so blühenden Felder Deutschlands dahinjagen, und unser letzter Trost war es zu denken: Die zivilisierte Welt kann das Schlimmste nicht dulden. Sie duldet es. In dieser an Schlagworten so reichen Zeit hat sie sich ein Schlagwort zurechtgelegt, mit dem sie ruhigen Auges den Nachbarn im eigenen Hause verbrennen sieht: Das Wort von den „inneren Angelegenheiten" eines Landes, in die sich zu mischen ihr verboten ist. Mögen Recht- und Gesetzlosigkeit triumphieren, mag die Gewalttat ihre Scheußlichkeiten vollbringen, dieser billige, bequeme Grundsatz ist zu einem Primat des Gesetzes erhoben worden, gegen den alles geflossene Blut, alle geschlagenen Wunden, alle vernichteten Existenzen, alle geschändeten Rechte nicht aufkommen. Wenn es der deutschen Regierung, die wie in einem Blutrausch wandelt, beifallen sollte, die „Marxistenfrage" durch Abschlachten einiger Hunderttausend Arbeiter und Juden zu lösen, würde in dieser Welt des Opportunismus außer einigen Verzweiflungsschreien des noch nicht erschlagenen Fortschrittsgeistes nicht mehr geschehen, als heute geschehen ist, nicht ein Bankdirektor würde auf seine deutschen Spekulationsgewinne verzichten und keine Grenze auf ihren Zollgewinn aus Deutschland.

Dem ethischen Optimismus ist die schwerste Wunde geschlagen worden. Als der Krieg ausbrach, hat er seine erste Niederlage in diesem Jahrhundert erlebt: Ein Krieg in unserem Zeitalter, so folgerte er, ist eine Episode. Sie hat vier Jahre gedauert, sie dauert noch. Der Sammlung der Irrtümer, die sich in der Entwicklung des fühlenden und denkenden Menschen anhäuft, müssen wir längst jenes falsche Ideal beifügen, das in uns den Glauben an die Macht der Kultur geboren hat. Die Kultur — sie ist nur ein oberflächlicher Firnis, den die schaffende Menschheit über die Triebe, die Leidenschaften, die Instinkte des Urmenschen legt. Nur wo materielle Güter bedroht sind, regt sich der Egoismus der Welt zur Verteidigung. Für höhere Zwecke als für Industrie und Handel wird kein Schwert gezogen und das Blut tausender Unschuldiger wiegt nicht die Handbreit Erde auf, vor dem sie mit Kanonen ihre Wacht halten. Und noch immer wissen sie es nicht, die das Leben ihrer Teuern auf den Schlachtfeldern geopfert haben und noch immer findet die neue Lockung nach dem Kampfe „um die heiligsten Güter" willige Ohren.

In diesem Chaos ringend, das die blutige Phrase aufs neue entfesselt hat, würde die weltanschauliche Gesinnung des einzelnen mit dem Bankrott der Kultur unweigerlich Schiffbruch erleiden, wüßte er nicht sein Streben und die Zukunft der Menschheit an ein höheres Ziel zu knüpfen, als die Gesamtbilanz unseres gesellschaftlichen Lebens es aufzuweisen hat: Das ist die über allen Formen der menschlichen Entwicklung stehende Idee der Gerechtigkeit, der der Sozialismus dient, die Idee der Freiheit und Gleichheit, die der Seele des gesunden Menschen als ein von der Natur mitgegebenes Bewußtseinsgut eingeboren ist, für die wir leben und sterben wollen als für die reine Religion des Geistes, die unverrückbar, ein Axiom des menschlichen Willens, über alle Schwächen und Krämpfe der Zeit hinweg ihren Weg der Vollendung geht.

Wahrheit!

Die neudeutschen Herren fürchten nicht
das Blut, das an ihren Fäusten klebt,
nicht des Volkes armes, zerschlag'nes Gesicht,
nicht das Schreien, das aus den Kerkern bricht,
nicht den Haß, der die wehrlosen Opfer durchbebt.

Und dennoch sind sie von Aengsten geplagt,
sie zittern vor jedem Fetzen Papier,
den der Sturmwind über die Grenze jagt,
vor jedem Mund, der zu sprechen wagt,
sie schnüffeln umher wie scheues Getier.

Sie fürchten die Wahrheit — sonst nichts auf der Welt,
die aber fürchten sie um so mehr,
drum haben sie Wachen aufgestellt,
und wo ein Wörtlein Wahrheit fällt,
sind hundert Schergen hinterher.

Lieb Vaterland magst ruhig sein!
Die Wahrheit schaltet kein Goebbels gleich,
sie fließt durch tausend Kanäle ein,
sie schlägt sich Bahn durch Eisen und Stein,
sie kennt die Wege ins Dritte Reich.

Die Wahrheit dringt selbst dem SA.-Mann ins Ohr,
dem Hungernden folgt sie bei jedem Schritt,
im Takt der Maschinen hämmert sie mit,
hinter mageren Lohntüten springt sie hervor,
und wenn Herr Hitler ans Rednerpult tritt...

Dann lügt er. Doch Wahrheit steht blutigrot
neben dem Kanzler in flammendem Licht,
beschwört des gemarterten Volkes Not,
verkündet den Tod, der den Peinigern droht
und mahnt die Geknechteten:

„Haltet Gericht!" — Hugin.

„Dieser Trotz ehrt euch!"

Sie winseln um Arbeiterleser

In Berlin hat man das Aushängeschild des „nationalen Sozialismus" längst schon wieder abgehängt. In der Provinz wird es zum Zweck des Arbeiterfangs noch immer gebraucht. Vor uns liegt ein Flugblatt aus Kiel vom 23. Juni, in dem die Leser der früheren sozialdemokratischen „Volkszeitung" aufgefordert werden, ein gleichgeschaltetes Schundblatt zu abonnieren, das pompös als „Kampforgan für den deutschen Sozialismus" bezeichnet wird. In dem Waschzettel heißt es unter anderem:

Die vergangenen Wochen dürften Euch darüber Klarheit gegeben haben, daß es uns wirklich ernst und heilig ist mit der Durchführung des deutschen Sozialismus und daß dieser deutsche Sozialismus tatsächlich marschiert .... die Ereignisse haben Euch gezeigt, daß wir aufrechte deutsche Sozialisten sind. So wie wir niemals daran gedacht haben, Eure Gewerkschaften zu zerschlagen (!), so wenig haben wir je daran gedacht, Eure „Volkszeitung", die auch mit Euren Groschen erbaut wurde, zu enteignen. Gebäude und Betrieb der eingegangenen Volkszeitung sind heute Staats- und damit nach wie vor Euer Eigentum. (!!)

Um den Hohn voll zu machen, wird dann weiter immer von „Ehrlichkeit" geredet und versichert, jeder „ehrliche" Sozialist müsse sofort die ehrliche „Nordische Rundschau" abonnieren.

Ob die Kieler Arbeiter auf diesen Schwindel hereinfallen werden? Der Verfasser des Lügenblattes scheint das selber nicht zu glauben, wendet er sich doch an die Arbeiter mit folgenden Worten:

Seit dem Tage, an welchem die Schleswig-holsteinische Volkszeitung, Euer Organ, ihr Erscheinen einstellte, sind die meisten von Euch ohne Zeitung. Diese Treue und dieser Trotz ehren Euch.

Der Flugblattverfasser gesteht also, daß die sozialistische Arbeiterschaft Schleswigholsteins der Sache der Sozialdemokratie die Treue hält und der nationalsozialistischen Despotie gegenüber in trotziger Ablehnung verharrt. An dieser Treue und an diesem Trotz werden seine Lügenkünste nichts ändern.

Die Revolution der Herrenreiter

Franz von Papen, deutscher Vizekanzler, sagte neulich in Dresden:

Unsere Revolution darf nicht angesehen werden als ein Aufstand der Massen gegen die Oberschicht.

Papen sagt diesmal die Wahrheit. Die „Revolution", die dieser ultrareaktionäre Aristokrat „die unsere" nennt, war wahrhaftig nicht ein Aufstand der Massen gegen die Oberschicht, sondern sie war ein Sieg der Oberschicht über die Massen. Zum Zeichen dafür will sich Papen am 6. August in Karlshorst als Herrenreiter an einem Rennen beteiligen.

Die eleganten Herren sitzen wieder fest im Sattel. Der Gaul aber, der zu Tode geritten wird, heißt Volk!

Schäfer ermordet

Frankfurt a. M., 17. Juli. Der aus der Boxheimer Dokumentenaffäre bekannte ehemalige Landtagsabgeordnete Schaefer ist auf einer über einen Eisenbahnkörper führenden Brücke im Frankfurter Stadtwald erschossen worden. Die unbekannten Täter haben die Leiche dann über das Brückengeländer auf den Bahnkörper geworfen, wo sie heute früh von der Polizei gefunden wurde. Die Leiche wies drei Schußwunden auf.

*

Jetzt haben sie ihn also endlich zur Strecke gebracht, den ehemaligen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Schaefer, den Enthüller jenes bluttriefenden Boxheimer Dokuments, dessen sadistische Theorie allerdings durch die nationalsozialistische Schreckenspraxis längst in den Schatten gestellt worden ist.

Herr Best aber, der Autor des Blutdokuments, ist inzwischen zum Leiter der Geheimen hessischen Staatspolizei avanciert.

SA bespuckt Oldenburg-Januschau

In Königsberg wurde kürzlich der Kammerherr von Oldenburg-Janouschau von SA-Leuten geschlagen und bespuckt. Der Freund Hindenburgs wurde von Polizei geschützt und per Auto nach seinem Schloß zurückgebracht.

Gefängnis für Sozialismus!

Kein Zweifel konnte je daran bestehen, daß Hitlers Machteroberung politisch die schlimmste und gefährlichste Gegenrevolution bedeutete. Die unausgesetzte Aufpeitschung der schlechtesten Instinkte, der unausgesetzte Appell an den Neid, die Gewalt, die Grausamkeit, die Mordlust; die Verhöhnung der Humanität, des Rechts, der Freiheit und der Menschenwürde mußte zu jener Häufung von viehischen Grausamkeiten führen, die den Weg der nationalsozialistischen Machtergreifung kennzeichnen.

Aber es gab naive Leute, die sich auf dem sozialen Felde einigen Erwartungen hingaben, die nicht verstanden, daß die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse, die zugleich der Todesstoß gegen den Sozialismus gewesen ist, dessen einzig richtige Trägerin nur die Arbeiterklasse in ihrem freien und ungehemmten Selbstbestimmungsrecht sein kann.

Hitler hat restlose Klarheit geschaffen. Seit seinen Reden gegen die „zweite Revolution" ist kein Tag vergangen, an dem nicht er selbst, sein

Wirtschaftsminister Generaldirektor Schmitt,

und seine Unterführer, die Frick und Goebbels ein Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus, ein Gelöbnis zu den abgestandesten Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus abgelegt hätten.

Und die Herren Nationalkapitalisten, die sich so rasch aus Deklassierten in die glücklich im Besitz und in der Macht Wohnenden umgewandelt haben, gehen aufs Ganze. In seinem Rundschreiben an die Reichsstatthalter verkündet der Reichsinnenminister Frick:

„Wer jetzt noch von der zweiten Revolution redet, muß sich darüber klar ein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und dementsprechend behandelt wird. Solche Aeußerungen stellen eine glatte Sabotage der nationalen Revolution dar ... Jeder solche Versuch, wie er namentlich in unbefugten Eingriffen in die Wirtschaft und in Mißachtung von Anordnungen der Träger der Staatsautorität zu erblicken ist, muß daher, auf Grund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat mit den schärfsten Maßnahmen (mindestens Schutzhaft) gegen wen immer geahndet werden."

Ins Konzentrationslager mit jedem, der noch nach Sozialismus strebt,

ganz gleich, ob es sich um „marxistischen" oder um den „deutschen" Sozialismus handelt!

Aber damit nicht genug. Herr Schmitt hat mit einem Federstrich alle nationalsozialistischen Kommissare für die Wirtschaft beseitigt. Was Hugenberg vergeblich anstrebte, die Wirtschaftsdiktatur, das hat Schmitt, Kapitalist von reinstem Wasser, ohne weiteres von Hitler erhalten. Und eine seiner ersten Maßnahmen ist von weittragender Bedeutung: Der ständische Aufbau wird abgestoppt.

Bekanntlich sollten in diesen „Ständen" alle an der Wirtschaft Beteiligten, Unternehmer, Gewerbetreibende, Händler und Arbeiter, vereinigt werden, um gemeinsam und gleichberechtigt die Wirtschaftsfragen zu lösen, den „Eigennutz", „Gemeinnutz" unterzuordnen und die Ausbeutung und Profitgier zu eliminieren. Kurz, die „Stände" sollten die Träger des wahren, deutschen Sozialismus sein. So lächerlich die Illusionen, daß Ausbeuter und Ausgebeutete, Kapitalisten und Lohnarbeiter gemeinsam die wirtschaftliche Harmonie verwirklichen könnten, daß die Nutznießer und die Opfer der kapitalistischen Klassengesellschaft in gleicher Weise ihre Ueberwindung anstreben würden, die Leute von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation oder von dem Kampfbund des Mittelstandes hofften, in diesen Ständeorganisationen ihre antikapitalistischen Ziele verfolgen und durchsetzen zu können. Dieser Hoffnung wird nun radikal der Garaus gemacht. Die Unternehmerorganisationen,

der Reichsverband der Industrie, der Industrie- und Handelstag wollen ihre Selbständigkeit nicht antasten lassen.

Und deshalb verkündet Herr Schmitt mit ausdrücklicher Berufung auf den Willen des „Führers", daß auch dieses Kernstück des Programms zurückgestellt werden müßte, weil die Gefahr besteht, daß unberufene Elemente versuchten, auf diesem Gebiet Experimente zu machen." Die „unberufenen Elemente" sind die Arbeiter und Mittelständler. Man hatte sie gerufen, so lange man sie zur Machteroberung brauchte, jetzt werden sie als „Unberufene" geächtet.

Während man aber den Unternehmern in Wirklichkeit von Anfang an volle Organisationsfreiheit unter der

Führung ihrer Vertrauensmänner, der Krupp, Thyssen etc.

gelassen hat, hat man nicht nur die Gewerkschaften ihrer Vertrauensmänner beraubt und nationalsozialistische Nichtskönner und Wirrköpfe an deren Stelle gesetzt, sondern man beraubt selbst die so umgeschalteten, unter nationalsozialistisches Kommando gestellten Organisationen aller Funktionen. Die Arbeiter werden nicht nur um den Sozialismus geprellt, sie verlieren jede Möglichkeit, in der aufrecht erhaltenen kapitalistischen Gesellschaft nur eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung, ja auch nur um eine Verteidigung der bisherigen Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Das Amt für Sozialpolitik in der Deutschen Arbeitsfront weist darauf hin, daß nur die von Hitler ernannten Treuhänder der Arbeit Tarifverträge abschließen dürfen. Keine andere Stelle darf in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen eingreifen, weder die NSBO. noch die Berufsverbände. Der Staatskommissar Engel, Treuhänder für Berlin und Brandenburg, hat bei einem Presseempfang diese völlige Entmachtung der Gewerkschaften noch verdeutlicht: Der Treuhänder habe gewissermaßen den Artikel 48 auf wirtschaftlichem Gebiet für sich. Er sei Diktator. Er werde Streiks oder Aussperrungen auf jeden Fall verhindern. Er werde der Wirtschaft Frieden gewährleisten. Der Staat schalte durch die Treuhänder die Willkür profitgieriger Unternehmer aus (in Wirklichkeit wird der ungestärkte Fortgang der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die Hitlermacht garantiert) und lege denen das Handwerk, die aus eigennützigen Zwecken oder aus politischen Gründen die Belegschaften der Betriebe aufhetzten!

Was wird aber aus den Gewerkschaften, die sich nicht mehr um die Arbeitsbedingungen kümmern dürfen?

Auch darüber spricht der Hitler-Engel sehr offen: Es sei ein Mißverständnis anzunehmen, daß die Deutsche Arbeitsfront die Aufgaben der alten Gewerkschaften übernehme. Die Deutsche Arbeitsfront habe ihre Aufgabe auf volkserzieherischem Gebiet!!

Die Arbeiter sollen also ihre Beiträge zahlen, um sich von den nationalsozialistischen Bonzen zwangserziehen zu lassen! Aus Kampforganisationen für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft werden die Gewerkschaften in nationalsozialistische Dressuranstalten mit gut bezahlten Posten für sonst unbrauchbare Pg. und Pj. verwandelt! Und dafür raubt man den Arbeitern ihr Geld!

Die fortschreitende Entrechtung der Arbeiter wird von einer fortschreitenden Begünstigung des Kapitals begleitet.

In einer einzigen Sitzung hat das Reichskabinett einige Dutzend Gesetze erledigt — das heißt die Vorschläge der jetzt selbstherrlicher als je arbeitenden Bürokratie kritiklos akzeptiert — und fast alle bedeuten Geschenke an das Kapital. Da sind Steuererleichterungen für Instandsetzung und Erneuerung von Betriebsgebäuden, Steuerbefreiung für neue Unternehmungen, sowie für neuerrichtete Wohngebäude, Zinserleichterung auf Kosten des Reichs für landwirtschaftlichen Auslandskredit usw. Aber charakteristisch sind namentlich zwei Gesetze. Das eine gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht, Unternehmungen zu Kartellen zu vereinigen oder bisherige Außenseiter in bestehende Kartelle hineinzuzwingen. Er kann die Errichtung neuer Unternehmungen oder die Erweiterung des Geschäftsbetriebes oder der Leistungsfähigkeit bestehender für eine bestimmte Zeit untersagen, kurz

zwangsweise das kapitalistische Privatmonopol einführen.

Die Ausdehnung und Verewigung des Monopolkapitalismus in seiner gefährlichsten, volkswirtschaftlich schädlichsten und ausbeuterischsten Form erweist sich so wieder als letztes Wort des angeblichen Nationalsozialismus.

Und das andere Gesetz setzt die Aufbringungsanlage der Industrie mit 100 Millionen jährlich fest, wovon 80 Millionen zur Entschuldung Ostpreußens dienen. Das heißt, daß die Erhaltung und Entschuldung des adeligen Großgrundbesitzes in der gleichen Weise fortgesetzt, daß jeder Kampf gegen den Großgrundbesitz eingestellt, daß eine schnelle und wirksame Siedlung gar nicht in Angriff genommen wird. Dafür hat allerdings Herr Dr. Darré ein eigenes Kommissariat für „bäuerliches Brauchtum, für Sitte und Gesittung" geschaffen. Außer den Arbeitern, müssen eben auch die Bauern „erzogen" werden.

Das Tüpfelchen auf dem I aber würde fehlen, wäre die Nachricht nicht da, daß die Akzeptbank, die ganz unter Reichseinfluß steht, dem

Warenhauskonzern Hermann Tietz 14½ Millionen

gemeinsam mit den anderen Reichsbanken als neue Betriebsmittel zur Verfügung stellt! Den Kampf gegen den Kapitalismus schließt Hitler ab mit der Aechtung des Sozialismus und der Verhinderung jedes Versuches, die Arbeitsbedingungen zu verbessern; den Kampf gegen den Großgrundbesitz mit der Verewigung des Osthilfeskandals und der Sabotage der Siedlung und den Kampf gegen die Warenhäuser mit der Bereitstellung neuen Kapitals durch die dem Reich gehörenden Banken.

Das ist der „Sozialismus" der nationalsozialistischen Partei! Dem Kapital gute Unterstützung. Und Gelächter über alle Betrogenen, die an den Sozialismus des Hakenkreuzes glaubten!

Torgler ohne Anwalt!

Alle wissen, daß er unschuldig ist — keiner wagt, ihn zu verteidigen!

Die Frau des **kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Torgler, Margarete Torgler,** hat aus **Karlshorst** bei Berlin an den „Manchester Guardian" einen Brief gerichtet, in dem sie schreibt:

„Ich habe mit einer großen Anzahl von Rechtsanwälten über die Verteidigung meines Mannes verhandelt. Sie waren zumeist zweifellos von seiner Unschuld vollkommen überzeugt, aber sie weigerten sich, seine Verteidigung zu übernehmen. Einige schienen bereit zusein, nachdem sie verschiedene Bedingungen gestellt hatten. Schließlich lehnten aber auch sie ab. Die letzte Ablehnung, die ich erhielt, kam von einem hervorragenden Berliner Anwalt, der mir am 19. Juni folgendes schrieb: ‚Was die Rechtsangelegenheit Ihres Gatten betrifft, so bedaure ich, nicht in der Lage zu sein, seine Verteidigung übernehmen zu können.' Es scheint also, das ist die einzige Erklärung, daß in ganz Deutschland kein Rechtsanwalt übrig geblieben ist, der bereit ist, seine Pflicht zu erfüllen, indem er ein menschliches Wesen rettet, von dessen Unschuld die ganze Welt überzeugt ist. Meine Erfahrung beweist, daß es einfach ganz unmöglich ist, einen Rechtsbeistand nach eigener Wahl zu erhalten und daß mein Mann auf diese Weise seines elementaren Rechtes beraubt ist."

Das englische liberale Blatt behandelt den Brief der Margarete Torgler in einem besonderen Artikel, in dem es ausführt

„Warum will die Diktaturregierung Hitlers eine Verteidigung nicht gestatten. Der Grund ist ganz klar. Die Diktaturregierung weiß, daß Torgler unschuldig ist und sie weiß, daß jeder Anwalt, der nur eine Spur von Intelligenz und rechtlichen Sinn besitzt, die ganze Anklage in Stücke schlagen und der Verachtung überliefern würde."

„Manchester Guardian" beschäftigt sich dann weiter mit dem Schicksal der drei unglücklichen Bulgaren, die rein zufällig willkürlicherweise mit Torgler zusammen auf die Anklagebank kommen sollen. Er stellt fest, daß die Behauptung der Göring-Polizei, die drei Bulgaren hätten etwas mit dem Attentat in der Kathedrale von Sofia zu tun gehabt, von den bulgarischen Behörden selbst widerlegt worden ist, und er fordert die bulgarische Regierung auf, sich der unschuldig verfolgten Landsleute anzunehmen.

Generaldirektoren des Dritten Reiches

Jeder Tag liefert neue Beweise, daß Hitlers Kurs rein kapitalistisch ist. Zur Unterstützung der Reichsregierung in allen wirtschaftlichen Fragen hat Hitler einen „Generalrat der Wirtschaft" berufen. Seine Zusammensetzung zeigt, daß im Dritten Reiche nur noch Großkapitalisten etwas zu sagen haben. Dem Generalrat gehören an:

Herbert Backe (Domänenpächter), Dr. Carl Bosch, Ing. Eugen Böhringer (Direktor der Maximilianhütte), Generaldirektor Aug. Diehm, (Kalisyndikat), Bankier August von Finck, Dr. Otto Chr. Fischer (Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes), Dr. Albert Hachelsberger (Fabriksbesitzer), Bürgermeister Krogmann (Hamburg), Dr. G. Krupp von Bohlen und Halbach, Dr. Robert Ley (Führer der Deutschen Arbeitsfront), Dr. Carl Luer (Handelskammerpräsident, Treuhänder der Arbeit), Friedrich Reinhart (Bankdirektor), Dr. Hermann Reischle (Führer des Landhandels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften), Karl Freiherr von Schroeder (Handelskammerpräsident), Karl Friedrich von Siemens, Dr. Fritz Tyssen, Generaldirektor Dr. Albert Vögler.

Weder ein Arbeiter noch ein Angestellter ist Mitglied dieses Generalrats. Nicht einmal ein Gewerbetreibender oder ein Kleinkaufmann oder ein Angehöriger des Bauernstandes. Hitler hat die Maske fallen gelassen, er regiert nur noch mit und von der Gnade der oberen Zehntausend.

Als Nachfolger für den bisherigen Reichswirtschaftskommissar Dr. Wagener, den Hitler wegen seiner angeblich sozialistischen Gesinnung abgesetzt und auch aus dem Wirtschaftspolitischen Amt der NSDAP. hinausgeworfen hat, ist der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keppler berufen worden. Der Oeffentlichkeit ist Keppler völlig unbekannt, bekannt ist er nur den Unternehmern, in deren Diensten er bisher ärgste Scharfmacherei betrieben hat.

Kampf um Schacht

SA. wollte ihn fangen!

Hitlers wiederholte Reden gegen die Fortsetzung der Revolution und gegen jede Art von Sozialismus bilden nach einem Bericht des „Daily Herald" nur einen Teil eines erbitterten Kampfes, der hinter den Kulissen um die Person des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht geführt wird.

Revolutionär gesinnte Elemente in der SA hatten bereits beschlossen, Schacht, in dem sie den Hauptschuldigen des Verrats am Sozialismus erblicken, gefangen zu nehmen. Schacht ist ein Gegner der Inflation. Gottfried Feder aber als Apostel der Binnenmark, ist ihr Vorkämpfer. Er wird auch von dem neuen Landwirtschaftsminister Darré unterstützt, der die Inflation will, damit die Grundbesitzer wieder, wie vor 10 Jahren, ihre Schulden billig los werden können. In enger Verbindung mit Feder und Darré hatten die Extremen die Festnahme Schachts beschlossen. Ihr Plan ist aber gerade noch rechtzeitig entdeckt worden, daraufhin hat Hitler gegen die Fortsetzung der Revolution seine bekannten Drohreden gehalten und Frick seinen Droherlaß herausgegeben.

So das englische Arbeiterblatt. Auf alle Fälle ist Herr Schacht in Sicherheit. Als der Repräsentant des Hochkapitalismus ist er im Dritten Reich unverletzlich.

Lassalle's Grab geschändet!

Das Grab Lassalle's ist nun auch geschändet worden! Die Reste des großen sozialistischen Kämpfers ruhen, wie man weiß, auf dem jüdischen Friedhof in Breslau unter einem Stein, der diese Inschrift trägt:

„Hier ruhen die sterblichen Reste Ferdinand Lassalle's, des Denkers, des Kämpfers".

Die Nazi haben diese Inschrift ausmeißeln lassen, ebenso wie diejenige, die sich am Geburtshaus des Begründers der deutschen sozialistischen Bewegung befand.

Paris

Abonnementsbestellungen in Paris für den „Neuen Vorwärts" werden durch die Redaktion „Courrier Socialiste", 12, rue Feydeau, Paris 2, entgegengenommen. Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr.

Und dazu schweigt Europa

Bestohlen und geächtet

Der nationalsozialistische Raubzug gegen das Eigentum der Arbeiterschaft und ihrer Führer soll nunmehr vollendet werden durch ein Gesetz, das vom Hitlerkabinett verabschiedet wurde, unbequemen Gegnern die Staatsangehörigkeit absprechen kann und die Beschlagnahme ihres Eigentums vorsieht. Wer dem großen deutschen Konzentrationslager entkommen ist, soll sich seinen Folterknechten stellen oder enteignet werden. Belohnungen werden ausgesetzt für alle, die etwas über das Vermögen der Sozialdemokratie oder marxistischer und anderer staatsfeindlicher Elemente auszusagen wissen. Eingebürgerte Juden sollen wieder ausgebürgert werden, und wer es unternimmt, eine neue Partei zu bilden, wird als Hochverräter bestraft.

Damit werden die Weidegebiete der Denunzianten entsprechend vergrößert und die moralische Verlumpung hat wieder Terrain erobert. Die Kapitalisten behalten ihr raffendes Kapital, behalten ihre Villen und Paläste, dafür dürfen sich die großen und kleinen Bonzen der NSDAP. an dem Eigentum armer Teufel schadlos halten.

In der Begründung des neuen gesetzlichen Monstrums wird von „Achtung der Flüchtlinge" gesprochen, womit natürlich nur die Gegner Hitlers gemeint sind. Der ehemalige Oberausreißer Goering sitzt in einer Prachtvilla, die nach Deutschland ausgerissenen österreichischen Nazibonzen bekleiden in der NSDAP. bereits führende Stellen.

Für die Gegner des Hitlerregimes ergibt sich also folgende Lage: die im Lande bleiben, werden in Konzentrationslager gesperrt, mißhandelt, erschlagen, ihr Eigentum wird gestohlen — die ins Ausland gehen, werden geächtet, und ihr Eigentum soll ebenfalls gestohlen werden. Ob also drin oder draußen — jeder Gegner des deutschen Faschismus ist geächtet und vogelfrei. Wo ist hier ein Unterschied? Er besteht nur in der verlogenen Phraseologie, mit der das neudeutsche Gaunertum die drinnen und die draußen verfolgt.

Die anderen mögen verhungern

Der Bürgermeister von Schmalkalden hat angeordnet, daß Arbeitslose, die marxistischer Gesinnung verdächtig sind, keine Unterstützung mehr erhalten. Dasselbe wird aus anderen deutschen Städten berichtet.

In Bayern probiert man eine andere Methode der Aushungerung durch. Der Präsident des bayrischen Landesarbeitsamtes fordert Bevorzugung der SS. und SA. bei allen Stellenbesetzungen. Gegen Arbeitgeber, die Angehörige der aufgelösten Parteien und Organisationen einstellen und damit die Unterbringung der braunen Prätorianer zu sabotieren versuchen, werde „mit den allerschärfsten Mitteln vorgegangen" werden.

Tönend verhieß Hitler einst allen Arbeitern Freiheit, Arbeit, Brot. Da es eine Lüge war, muß er jetzt seine Parteianhänger versorgen, sonst knüpfen sie ihn auf. Also mögen die anderen Deutschen verhungern. Wer im Wege steht, ist einfach „marxistischer Gesinnung verdächtig..." Noch nie hat es in der neueren Geschichte eine Bewegung gegeben, die so heuchlerisch mit Idealen protzte und so parteimaterialistisch war wie die des Hakenkreuzes.

Gute Gelegenheit

„Durch das Ausscheiden jüdischer Aerzte ist in günstiger Lage Neuköllns gute Niederlassungsmöglichkeit für deutschen Arzt gegeben. Anfragen unter . . . (Groß-Berliner Aerzteblatt", 20. 1933.)

Hitler unterschreibt Versailles

Am 15. Juli ist in Rom der Viererpakt unterzeichnet worden, durch den die Hitlerregierung den Friedensvertrag von Versailles, die Völkerbundakte, den Locarnovertrag, den Kelloggpakt und was noch alles dazu gehört feierlich und freiwillig noch einmal anerkennt. In den nächsten 10 Jahren darf unter keinen Umständen mit Gewalt vorgegangen werden. Aenderungen des bestehenden Zustandes sind nur auf dem Wege friedlicher Verständigung aller Beteiligten zulässig. Das bedeutet nicht nur den Verzicht auf alle abgetretenen Gebiete einschließlich des polnischen Korridors, sondern auch auf den Anschluß Oesterreichs und auch den Verzicht auf jede Aufrüstung über die Bestimmungen des Vertrages von Versailles hinaus.

Scheidemann, der Gehetzte, hat lieber auf das Amt des Reichskanzlers verzichtet, als daß er den Vertrag von Versailles unterschrieben hätte. Rathenau, dessen Mörder amtlich gefeiert werden, hat gegen den Vertrag von Versailles zur bewaffneten Massenerhebung aufgerufen.

Adolf Hitler unterschreibt den Vertrag von Versailles noch einmal ohne jede Not kaltlächeln aus bloßer Eitelkeit, weil er seinen Namen mit den Daladiers, Macdonalds und Mussolinis auf dem selben Papier sehen will.

Die dressierten Hunde, die jetzt an Stelle wirklicher Journalisten die deutschen Zeitungen machen, mussen zu dem feierlichen Akt freudig mit dem Schwanz wedeln. In der Welt der Wirklichkeit jenseits des gedruckten Papiers, das heute reichsdeutsche Presse heißt, weiß jedermann, daß die Bedeutung des Viererpakts in der Annäherung Italiens an Frankreich besteht. Mit der Unterzeichnung des Viererpaktes wird der nationalsozialistische Kindertraum von der Bundesgenossenschaft Italiens zu Grabe getragen, und in Anerkennung der gegebenen Machtverhältnisse sucht jetzt Hitler-Deutschland durch Vermittlung des Herrn von Papen auch die Verständigung mit Frankreich.

Dies also ist der Kreislauf der Dinge! Dazu mußte Rathenau ermordet werden, dazu mußte es eine sogenannte „nationale Revolution" geben, mußte die Bestie im Menschen entfesselt, mußte die Arbeiterbewegung zerschlagen, mußten tausende zu Tode gemartert und in Konzentrationslager gesperrt werden, damit Adolf Hitler noch einmal den Vertrag von Versailles unterschreiben und die Verständigung mit Frankreich suchen kann!

Die nächste Zeit wird ja zeigen, ob Adolf Hitler das Ziel der Verständigung leichter erreichen wird als seine rechtmäßigen Vorgänger im Kanzleramt. Einstweilen hat der französische Ministerpräsident der Unterzeichnung des 10jährigen Friedenspaktes eine ziemlich massive Kriegsdrohung folgen lassen für den Fall, daß Deutschland in irgendeiner Form den Anschluß Oesterreichs durchzuführen versuchen wollte. An der Grenze zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich ist es inzwischen so brenzlig geworden, daß jeden Tag die Gewehre von selber losgehen können. Oesterreich aber würde im Fall der Fälle, die ganze Welt, Italien voran, zum Bundesgenossen haben.

Das ist das bisherige Resultat der nationalsozialistischen Außenpolitik. Es ist bei gleichzeitiger Friedensbeteuerung von allen Seiten gesteigerte Kriegsgefahr, moralische, politische und militärische Totalisolierung Deutschlands, kurz Irrenhaus in dritter Potenz.

Französischer Parteitag

Der Parteitag der sozialistischen Partei Frankreichs hat nach lebhaften Debatten eine Entschließung angenommen, die das Verhalten der Kammerfraktion scharf tadelt, doch ist es glücklicherweise zu der vielfach befürchteten Spaltung der Partei nicht gekommen. Das Verdienst daran ist dem Vorsitzenden der Internationale, Vandervelde, und dem Parteivorsitzenden Leon Blum, die an Einigkeit leidenschaftlich appellierten, ganz besonders zuzuschreiben.

In der Debatte hat der Vormarsch des Faschismus in Europa, ganz besonders in Deutschland, naturgemäß eine sehr große Rolle gespielt. Während Redner der Rechten aus den deutschen Ereignissen die Folgerung zogen, daß die Partei in Frankreich sich möglichst dicht an der politischen Macht halten müsse, und daß Frankreich jetzt auch nicht abrüsten dürfe, sahen die Redner der Linken in der Gewinnung der Massen durch eine kompromißlose Politik die Hauptaufgabe. An der Abrüstung wollen sie trotz alledem festhalten. Einen Höhepunkt erreichte die Parteitagsdebatte in einem rednerischem Zweikampf durch Marquet und Leon Blum, in der Marquet dazu aufforderte, die Ideale des Sozialismus mit denen der Ordnung und der Staatsautorität zu vereinigen, was Leon Blum als gefährliche Anleihe beim Faschismus leidenschaftlich bekämpfte.

Eröffnet wurde der Parteitag mit einer Rede, in der Vandervelde in tiefbewegten Worten unseres Johannes Stelling und der anderen zahllosen Opfer des Dritten Reiches gedachte. Der Parteitag ehrte sie durch einen Augenblick stummen Gedenkens.

Der Sklavengruß — Pflichtgruß.

Reichsinnenminister Frick, der Frontkämpfer von Pirmasens, hat angeordnet, daß der Hitlergruß beim Singen des Deutschlandliedes und Horst-Wessel-Liedes von jedem zu erweisen ist. Ebenso wird befohlen, daß sämtliche Arbeiter und Beamte von Behörden sich im Dienst durch Armerheben zu grüßen haben. Frick nennt das den „deutschen Gruß". Er stammt zwar aus Italien — schon die römischen Sklaven mußten ihn vor ihren Herren exerzieren — aber auch in der Nachäfferei ausländischer Moden konkurrieren die Hitlerianer mit den kleinen deutschen Despoten des 17. und 18. Jahrhunderts.

Gleich wird sie hin sein!



Der Arbeitersängerbund löst sich auf

Der Deutsche Arbeitersängerbund in Berlin (DAS) mit seinen 130.000 Mitgliedern und einer vierzigjährigen, großzügigen und erfolgreichen Kulturarbeit hat zu bestehen aufgehört. Das Kultusministerium hatte dem DAS die Gleichschaltung angetragen, das Aufgehen in die staatliche Sängerbewegung, die natürlich nur hakenkreuzlerischer Prägung sein darf. Während der Deutsche Sängerbund mit fliegenden Fahnen übergegangen ist, hat es der DAS einstimmig abgelehnt, sich gleichschalten zu lassen. Da aber ein weiteres Arbeiten im Interesse des Kulturlebens der Arbeiter im Deutschland der Konzentrationslager und Kerker nicht mehr möglich ist, wurde gleichzeitig die Liquidation des DAS beschlossen. Damit hat dieser den in dieser Situation für Sozialisten einzig gangbaren Weg gewählt und ist in Ehren gestorben.

Wenige Wochen Hitlerismus haben einer glänzenden Bewegung im deutschen Kulturleben ein Ziel gesetzt — vorläufig, bis auf weiteres.

Die Arbeiter werden sich in ihr eigenes Kulturleben wiedererobern, nicht nur in ihrem Interesse, sondern in dem für die gesamte Menschheit.

Tagung der Sänger-Internationale

Am 16. Juli fand in Karlsbad eine Konferenz der Vertreter der Internationale der Arbeitersänger statt. Die Tagung war notwendig geworden, weil infolge der Liquidierung des DAS in Berlin, dessen Exekutive gleichzeitig die Geschäfte der IDAS besorgt hatte, diese ohne Führung war und weil schließlich Berlin infolge der politischen Verhältnisse der IDAS nicht mehr in Frage kommen konnte.

Durch das Ausscheiden des DAS hat die IDAS eine Verminderung der Mitgliederzahl von 200.000 auf 60.000 erfahren. Um den Bestand trotzdem sicherzustellen, wurden die notwendigen Maßnahmen getroffen

Mit Zweidrittelmehrheit wurde dann die Sitzverlegung in die Tschechoslowakei nach Teplitz-Schönau beschlossen, und die Exekutive des IDAS in der Tschechoslowakei mit der Führung der IDAS-Geschäfte betraut.

Vor Abschluß der Tagung gedachte noch der Vorsitzende, Genosse Wondrejz-Bodenbach, der reichsdeutschen Sangesgenossen. Unter allgemeinem Beifall konnte er zum Ausdruck bringen, daß der DAS von der faschistischen Diktatur zwar niedergetrampelt worden ist, daß aber der frühere Geist die Sängerscharen noch beseelt und daß alle der IDAS angeschlossenen Verbände sehnsüchtig auf den Tag warten, an dem mit dem Wiederaufbau in Deutschland begonnen werden wird.

Welche Angst!

Der amtliche Schwadroneur Göbbels verkündet in allen Blättern, daß der „Vorwärts" als Schmugglergut sogar bis in eine sächsische Papierfabrik gekommen sei, in großen Mengen gelagert zwischen Holzstämmen, die aus der Tschechoslowakei gekommen seien. Aber die Stampfer und Wels befänden sich auf dem Holzweg, wenn sie glaubten, auf diese Weise das deutsche Volk beeinflussen zu können.

Aber warum dann diese Angst? Warum gibt man dann den „Vorwärts" nicht einfach frei? Die Hitler und Göbbels würden dann heute schon an den Riesenauflageziffern merken, wie stark unser Einfluß auf das Volk ist. Wir werden im Kampf um die Freiheit den Holzköpfen an der Spitze Deutschlands mit noch ganz anderen Mitteln als mit „Baumstämmen" kommen.

Achtung! Billige Radioapparate.

Die Kieler Nazizeitung schreibt:

„Hier wurden bei ehemaligen Marxisten eine Reihe von Durchsuchungen durchgeführt, in deren Verlauf die Hilfspolizei eine Anzahl Radioapparate beschlagnahmte. Es handelt sich bei den beschlagnahmten Apparaten um Vierröhrenempfänger, die zum Empfang ausländischer Stationen benutzt wurden. Eine Reihe von Besitzern solcher Apparate wurden in Haft genommen."

Vierröhrenempfänger sind verboten. Natürlich nur für Marxisten. Wer ausländische Sendungen empfängt, ist ein Landesverräter. Und man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: man verhindert die Wahrheit und — — kommt zu einem billigen und guten Apparat.

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.